

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 8

Artikel: Die politische Situation in Frankreich
Autor: Abosch, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336601>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nicht gleichgültig, wie das Auswanderungsproblem an die Hand genommen wird: ob man die Leute einfach mit ein paar Landungsbatzen abschiebt oder ihnen die Möglichkeit zur Gründung einer neuen Existenz verschafft. Die Schweizer Europahilfe führt gegenwärtig einen Kolonisationsplan für 2500 Personen in *Brasilien* durch, wobei sie neue Wege geht, so daß das Unternehmen beispielhaft für ähnliche Vorgehen auf breiterer Grundlage werden kann. Daß Genosse R. Bertholet als Beauftragter des Schweizer Arbeiterhilfswerkes maßgeblich an der Plangestaltung und der Finanzierung beteiligt ist, scheint uns wesentlich. Wir halten es für notwendig, daß die schweizerische Partei und die Comisco sich dafür interessieren, wie die neue internationale Flüchtlingshilfskommission, welche die IRO ablösen wird, zusammengesetzt wird, und daß die Sozialdemokratie darin vertreten ist.

Die Flüchtlingsfrage ist nicht nur eine humanitäre Angelegenheit, der allein mit individueller Fürsorge begegnet werden kann, sondern sie ist auch ein eminent politisches und wirtschaftliches Problem, an dessen Lösung der demokratische Sozialismus seinen Beitrag zu leisten hat.

HEINZ ABOSCH

Die politische Situation in Frankreich

Nichts fiel der 1946 gewählten Nationalversammlung schwerer als die Vorbereitung neuer Wahlen. Ein ganzes Jahr benötigte die parlamentarische Mehrheit, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Es bedurfte dazu der langwierigsten Verhandlungen zwischen Regierungsparteien und eines mehrmals in Erscheinung tretenden Bruchs in den Reihen der Mehrheit, der im Frühjahr 1950 zum Sturz des Kabinetts führte. Der Anblick, den damit das Regime bot, war nicht erhebend. Fieberhaft stritt das Parlament während Monaten um das Wahlrecht, während dringende finanzielle und wirtschaftliche Fragen beiseite geschoben wurden. Damit soll nicht gesagt werden, daß dem aufgeworfenen Problem keine hervorragende Bedeutung gebührte, ging es doch um den Versuch, eine festere parlamentarische Mehrheit zu schaffen, als es die war, die Frankreich seit 1947 regierte. Seit dieser Zeit betrug die durchschnittliche Lebensdauer der Ministerien keine sechs Monate: die Regierung Queuille 1948/49, die ein Jahr dauerte, war eine denkwürdige Ausnahme. Währenddessen gab es Kabinette, die nicht mehr als einen Monat oder mitunter nur einen Tag an der Macht waren.

Mit der Abschaffung des von der Vierten Republik eingesetzten Verhältniswahlrechts wurde der Zweck verfolgt, der beständigen politischen Krise ein Ende zu setzen. Das sollte durch die Ausschaltung des Einflusses der Kommunisten geschehen, die im Parlament 30 Prozent der Abgeordnetensitze innehatten. Aber die Diskussion eines neuen Wahlsystems fügte allen bestehenden Differenzen noch eine weitere zu: statt die Krise des Regimes zu beheben, verschärfte sie diese. Gab es im Regierungslager bisher eine Spannung zwischen der Konzeption des klassischen Kapitalismus (vertreten von den Radikalen) und derjenigen der staatlich gelenkten Wirtschaft (getragen vor allem von den Sozialisten), so trat nunmehr ein neuer Riß in Erscheinung, der diesmal die Radikalen vom christlichsozialen MRP scharf trennte.

Als die Vierte Republik ihre Grundgesetze schuf (Beseitigung des Senats, Verhältniswahl, Verstaatlichung), geschah es gegen den Willen der Radikalen. Diese Maßnahmen konnten von einer breiten Mehrheit durchgeführt werden: Kommunisten, Sozialisten und Christlichsoziale. Die Radikalen waren durch den Bankrott der Dritten Republik kompromittiert und zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt. Sie machten kein Hehl daraus, daß ihr Ziel die Rückkehr der in Vichy schimpflich untergegangenen alten Republik sei. Konnte man sich 1945/46 bequem über die radikale Opposition hinwegsetzen, so verhielt es sich 1950 anders. Durch den 1947 erfolgten Ausschluß der Kommunisten aus der Regierungsmehrheit wurden die Radikalen zu einem notwendigen Bestandteil jedes Ministeriums. Ihre Stellung als Zünglein an der Waage verkauften sie täglich teurer. Obwohl sie im Parlament nur einen Zehntel der Abgeordnetensitze besaßen, waren sie in der Regierung ebenso zahlreich vertreten wie die weitaus größeren Parteien der Sozialisten und Christlichen. Ja, mit Hilfe einiger Vertreter der Rechten, die für die neue Mehrheit ebenso notwendig waren, gelang es ihnen immer mehr, die Schlüsselstellungen des Ministeriums in ihre Hände zu bringen. Die Wirtschaft und die Finanzen, das Innere und schließlich die Präsidentschaft wurden nunmehr den Befürwortern der kapitalistischen Restauration übertragen. Die Geschlagenen von 1940 hatten es in einer Rekordzeit wieder zu einer einflußreichen Machtstellung gebracht. Die Zeiten der totgeglaubten alten konservativen Republik waren wieder gekommen. Die Wahlrechtsdebatte erlaubte den Radikalen den Versuch, das auf der Person des Kandidaten beruhende Mehrheitssystem – das ihnen günstig ist – wieder einzuführen. Die Christlichen verbargen ihre Meinung nicht: sie wollten das Parteilistensystem und am liebsten den Proporz beibehalten. Gegenüber dem Drängen der Radikalen fanden sie sich nur zu gewissen Korrekturen des bestehenden Gesetzes bereit. Die Stärke des MRP war vor allem die Tatsache, daß er gemeinsam mit den

Kommunisten über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte. Man konnte also keinen Schritt nach vorwärts tun, ohne wesentliche Forderungen der Christlichen zu erfüllen. Keiner der Widersacher wollte nachgeben, die Vermittlungsversuche der Sozialisten waren ergebnislos. Die Zeit drängte: die Legislatur drohte abzulaufen, ohne daß die geringste Revision vorgenommen worden wäre. Unter diesem Druck kam es zu einem Kompromiß, der allzu deutlich seinen Zweck zur Schau trug: Es galt, den Regierungsparteien zum Erfolg zu verhelfen.

Seit 1947 hatte es genügend Anzeichen gegeben, die zum Ausdruck brachten, daß das Parlament längst nicht mehr das politische Bild des Landes widerspiegelte. Es war offenkundig geworden, daß die Parlamentsmehrheit nicht mehr die Volksmehrheit ausdrückte. Zu den Gemeinderatswahlen 1947 stellte sich zum erstenmal die Gaullistische Bewegung. In einem Flug hatte sie an die 30 Prozent der Stimmen errungen und die Bürgermeisterämter der größten Städte erobert. Dieser Erfolg war auf Kosten des MRP und zu einem geringeren Teil der Sozialisten vor sich gegangen. (Die Wählerschaft des ersten war seit 1946 von 26 auf 10 Prozent, die der letzteren von 18 auf 14 Prozent heruntergegangen.) Während sich der unverändert gleichbleibenden kommunistischen Opposition eine ebenso große von rechts beigesellte, schrumpften die Regierungsparteien, die sich als «Dritte Kraft» bezeichneten, auf einen Drittel der Wählerschaft zusammen. Frankreich war in drei große Heerlager aufgespalten.

Was geschah seit jener Zeit? Sich dem Kommunismus und Gaullismus widersetzen, führte die herrschende Koalition ihre Wirtschaftspolitik unter dem Banner des Kapitalismus. Die vom Krieg her übernommenen staatlichen Kontrollen wurden schrittweise beseitigt. War eine solche Politik nicht dazu angetan, die Arbeiterschaft dem kommunistischen Einfluß zu entreißen, so verfehlte sie im Lager des Gaullismus ihre Wirkung nicht: die zufrieden-gestellten Bourgeois verließen die Partei des Umsturzes und verstärkten die Dritte Kraft. Die Kreiswahlen von 1949 legten beredtes Zeugnis von dieser Entwicklung ab. Der gaullistische Einfluß hatte abgenommen, während sich die Regierungsparteien erholt hatten. Parlamentarisch drückte sich das darin aus, daß eine ganze Reihe von gaullistischen «Weggenossen» sich vom Diktatur-anwärter lossagten.

Die Situation war jedoch noch nicht so weit gediehen, daß die Regierung sich Wahlen ohne – sagen wir – «Vorsichtsmaßnahmen» hingeben konnte. Das machte die Wahlrechtsdebatte so besonders schwierig. Das egoistische Interesse lag dauernd mit den prinzipiellen Bekenntnissen im Hader. Das angenommene Wahlsystem trug deutlich den Stempel des Kompromisses und

des angestrebten Ziels. Die Verhältniswahl sollte ausgeschaltet werden, wenn eine Partei oder eine Verbindung von Parteien mehr als die Hälfte der Stimmen erhielt. In diesem Fall sollten die Sieger alle Sitze proportional nach den abgegebenen Stimmen unter sich aufteilen. Um die 50 Prozent und damit alle Sitze zu erhalten, beeilten sich die Regierungsparteien, ihre Basis zu erweitern. Es ging nun um die Gewinnung der traditionellen nichtgaullistischen Rechten, die sich den Namen «Vierte Kraft» gegeben hatte, was ihre Unabhängigkeit gegenüber den andern Parteien unterstreichen sollte. Nichts kam der Regierung dabei mehr zu Hilfe als die Haltung de Gaulles. Die Angebote zur Listenverbindung, die ihm von seiten der Rechten (Reynaud), der Radikalen (Daladier) und der Christlichen (Schuman) zugingen, verwarf er mit Verachtung. So half er mit, die auseinanderfallenden Scherben der Regierungsfront zusammenzuhalten und ihr noch die Stimmen der Rechten beizufügen. Eine ungeschicktere Taktik hätte man sich kaum denken können! In der Tat waren es in den meisten Fällen die Stimmen der Rechten, die den Regierungsparteien zum Sieg verhalfen. Die Koalition der Dritten und Vierten Kraft erhielt alle Sitze in einem Drittel der Wahlkreise, was ihr zusätzlich 80 Sitze einbrachte. Für die spätere Entwicklung ist jedoch höchst bedeutsam, daß der rechte Teil der Koalition (Radikale und Konservative, die jetzt unter der Etikette «Unabhängige und Bauern» auftreten) daraus den größeren Nutzen zog und für sich allein 50 der zusätzlichen Sitze erhielt.

Keine Partei krönte die Wahl als uneingeschränkten Sieger: im Vergleich zur Vergangenheit gibt es nur Geschlagene, allerdings im Grad weit verschieden. Den relativ größten Sieg trug der Gaullismus davon. Er erhielt einen Fünftel der Wähler. Aber gegenüber seinen Anfangserfolgen mußte er einen Drittelpunkt einbüßen, und wegen seiner törichten Taktik mußte er sich mit einem Sechstel der Abgeordneten zufrieden geben und ein «Gleicher unter Gleichen» sein. Der am meisten Geschädigte ist der MRP: er verlor die Hälfte seiner Stimmen von 1946. Die Sozialisten sanken von 18 auf 14,5 Prozent und haben seit der Befreiung die Hälfte ihrer Wähler verloren. Noch nicht einmal die Kommunisten bilden auf diesem Trümmerfeld eine Ausnahme. Auch sie hatten einen, allerdings nur geringen, Stimmenverlust zu verzeichnen.

Die Wahlen brachten also keine klare Entscheidung. Sie endeten vorerst unentschieden. Darüber gab die erste Regierungskrise der neu gewählten Versammlung Aufschluß. Sie zeigte noch krankhaftere Symptome als die bereits so langwierigen Krisen ihrer Vorgängerin: den Verhandlungen der Dritten Kraft fügen sich jetzt Kompromisse zwischen dieser und der Rechten hinzu. Aber die Änderungen, die sie hervorriefen, sind längst nicht unbedeutend. Die klassische Rechte ist gewachsen. Sie und die Radikalen werden auf

jede Regierung einen ungleich stärkeren Einfluß ausüben als im alten Parlament. Im übrigen können sie die Erpressung des Zusammengehens mit de Gaulle benutzen, verfügen sie doch gemeinsam über die absolute Mehrheit. Ob diese zustande kommt, hängt in hohem Maße von de Gaulle ab. Eine reaktionäre Regierung der «Union nationale» (à la Doumergue) liegt täglich im Bereich der praktischen Möglichkeiten. Aber de Gaulle wird noch nicht eigenmächtig regieren können. Er wird mit den Konservativen von der Art Reynauds und Daladiers rechnen müssen. Eben darum geht es im Augenblick. Bis heute hat de Gaulle seine Diktatorallüren noch nicht abgelegt. Unerstörrlich vertraut er auf seine «Mission» – genau so standhaft wie vor fünf Jahren, als er den ersten Posaunenstoß zu seinem «Rassemblement» abgab. Es sind zwei Faktoren, die ihn trotz den erlittenen Mißerfolgen an die Macht bringen können. 1. Die Verschärfung der weltpolitischen Lage. Es war der Antikommunismus, der de Gaulle Millionen verängstigter Bürger und Kleinbürger zutrieb. Eine gigantische Rüstung, die Militarisierung der Nation zum Zweck einer aktiven Bekämpfung der USSR, das sind die klarsten Forderungen des gaullistischen Programms, dessen übrige Punkte verschwommen sind und als dekorativer Zierat dienen. Die internationale Spannung, Provokationen dies- und jenseits der Elbe können dem militaristischen Programm de Gaulles eine scheinbare Berechtigung geben und dem «nationalen Beschützer» von der Panik betroffene Massen zuführen. Eine Macht ergreifung auf diese Weise würde direkt die Aufrichtung der offenen Diktatur bedeuten. 2. Die Zersetzung der herrschenden Parteienkoalition. Es ist wahr, de Gaulle wartet darauf bereits fünf Jahre. Aber seine Aussichten haben sich nach den Wahlen verbessert. Das Abwirtschaften der Dritten Kraft, die Notwendigkeit, vor der sie steht, ein Übereinkommen mit den reaktionären «Unabhängigen» zu finden, die Tatsache, daß der RPF die stärkste Parlamentsfraktion bildet, das alles kann de Gaulle zu gewissen Hoffnungen ermächtigen. Eine Diktatur könnte sich aber auf diesem Wege nur schrittweise verwirklichen.

Die Reaktionäre der verschiedenen Parteien haben das «Schulproblem» dazu ausersehen, um zum Ziel zu kommen. Der Kampf um die Finanzierung der Kirchenschulen hat sie einander näher gebracht. In der Kammer sitzen in der «Vereinigung für die Unterrichtsfreiheit» (unter dieser Bezeichnung tarnt sich die Unterstützung der Kirchenambitionen) gemeinsam die Abgeordneten des RPF, des MRP und der Rechten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses angeknüpfte Bündnis sich auch auf andere Gebiete ausdehnt. Auf jeden Fall hängt die Drohung dieses Damoklesschwertes über der neuen Nationalversammlung.

Die Machtergreifung des Gaullismus und des Kommunismus ist bis heute verhindert worden. Aber das Problem ist mehr vertagt denn gelöst. Die Hälfte der Bevölkerung teilt sich in beide Oppositionen. Die Mehrheit der Arbeiterschaft ist kommunistisch (in der Metallindustrie, im Bergbau, in der Eisenbahn zu etwa drei Vierteln). Darüber kann der den Kommunisten durch das ausgeklügelte Wahlsystem beigefügte Mandatverlust nicht hinwegtäuschen. Die nahe Zukunft wird zeigen, daß der reale Einfluß der Kommunisten in der Arbeiterklasse entscheidender ist als ihre Rolle im Parlament. Hat sich die Bevölkerung des Landes und der kleinen Städte meistens für die Regierungsparteien ausgesprochen und damit ausgedrückt, wie mächtig die konservativ-kleinbürgerliche Tendenz in Frankreich ist, so polarisierten sich in den großen Industrienzentren sehr oft die politischen Kräfte in den beiden Oppositionen. Die Schwierigkeit, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, widerspiegelt also nur die wirklich vorhandene politische Zerrissenheit des französischen Volkes.

Konnte das parlamentarische Problem von den regierenden Parteien nur unvollkommen gelöst werden, so sieht es mit den Wirtschafts- und Finanzfragen noch schlimmer aus. Die französische Wirtschaft rollt wieder auf dem alten Geleise des Kapitalismus, eine Tatsache, zu der sich alle Besitzenden beglückwünschen. Nachdem die Produktion den Vorkriegsstand erreicht hatte, zeigte sie sofort wieder alle alten Gebrechen: Stagnation, Routine, Krämergeist, der der Produktionsentwicklung den unmittelbaren Profit vorzieht, ein schwere Tribute beanspruchender überbesetzter Handel, unrentabel arbeitende Kleinunternehmen, gepaart mit hohe Preise praktizierenden Kartellen. Die Profite haben mit der Produktionserhöhung nicht nur Schritt gehalten, sie sind ihr sogar vorausgeeilt: der Anteil der Besitzenden am Volkseinkommen erhöhte sich seit 1938 von 35 auf 41 Prozent. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die 60 Prozent der Bevölkerung darstellen, müssen sich mit 45 Prozent des Nationalertrages zufriedengeben. Die Entwicklung zugunsten des Kapitals beschleunigte sich in den letzten drei Jahren, in denen die «freie Wirtschaft» triumphierte. Zeigt die Verteilung des Volkseinkommens krasse Ungerechtigkeiten, so findet man auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung keineswegs den Willen zu einer Revision der Besitzverhältnisse. Auch hier hat sich die reaktionäre Entwicklung in den letzten Jahren verschärft. Die unsozialsten aller Steuern, die, welche auf dem Massenkonsum lasten, wurden beständig vermehrt und decken heute zwei Drittel der Steuereinnahmen. Auf dem Gebiet der direkten Steuern hat sich offen der Betrug ausgebreitet, den man mit 400 Milliarden Francs veranschlagt. Es ist offiziell, daß die meisten Besitzenden nur einen Bruchteil dessen zahlen, was sie aufbringen müßten.

Die Bauern, die einen Drittel der Nation darstellen, zahlen zwei Prozent der direkten Steuern. Das vorherrschende Regime der «gültigen Vereinbarung» ist die amtliche Hilfeleistung für die Unterschleife. Im letzten Jahr war der Verdienst der Industriellen und Händler durchschnittlich auf weniger als 240 000 Francs eingeschätzt, das heißt auf die Lohnhöhe eines Berufsarbeiters! Die Lohnempfänger bringen statt dessen 70 Prozent der Steuern auf.

Selbstverständlich sind die Regierungen der Dritten Kraft diesen heiklen Problemen aus dem Weg gegangen. Immer stärker von kapitalistischen Tendenzen beherrscht, konnten sie keine Sozialreformen durchführen. Und währenddessen liegt nur hier der Schlüssel zur Lösung der französischen Krise. Das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung, das schon vor dem Krieg dürftig war, ist heute noch elender. Wir finden hier das Kennzeichen sozial rückständiger Länder: zwei Dritteln des Lohnes werden von den Ausgaben für die Ernährung beansprucht. Es gibt keinen sozialen Wohnungsbau (seit Kriegsende sind nicht viel mehr als 150 000 Wohnungen fertiggestellt worden, eine Zahl, die in England in einem Halbjahr realisiert wurde!). Und heute ist es schwieriger denn je, den Massen etwas zu geben. Das Militärbudget stieg seit der Koreakrise in gewaltigem Umfang (in der Proportion von 60 Prozent), der fünfjährige Indochinakrieg bedeutet nicht nur einen unersetzbaren Substanzverlust für die französische Wirtschaft, er bringt heute direkt die militärische Verteidigung in Gefahr (im Fernen Osten stehen zehn Divisionen, im Mutterland fünf). Das Defizit nimmt erschreckenden Umfang an und trifft die herrschenden Klassen, die die Steuer- und Kapitalflucht praktizieren (die sich zum Beispiel in die Nutzbarmachung Afrikas tarnt!), in vollständiger Ohnmacht. Unfähig, wie sie sind, den realen Problemen auf den Leib zu rücken, sind die Bourgeoisparteien damit beschäftigt, künstliche zu «lösen». Den Kommunismus glaubten sie durch Schaffung eines raffinierten Wahlsystems zu schlagen, der sozialen Frage gedenken sie mittels Aufwerfens der Kirchenfrage Herr zu werden. Vollen Eifers kämpfen sie gegen Windmühlen an. Aber die realen Probleme melden sich mit Dringlichkeit: die Preise steigen, der Lebensstandard der Massen sinkt, die militärischen Forderungen stellen dauernd größere Ansprüche an das Budget, und der Kommunismus ist ebenso drohend wie ehedem. Im Herbst werden Arbeiterkämpfe wiederum auf die ungelösten Sozialprobleme hinweisen. Statt des «Schulproblems» ist es notwendig, sich der reaktionären Steuergesetzgebung anzunehmen. Statt das leere Stroh des «Antikommunismus» zu dreschen, ist es notwendig, eine Neuverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeiterschaft vorzunehmen. Man ist noch nie geschichtlichen Fragen durch Taschenspielerkunststückchen ausgewichen.